



Die beiden Forscher Andreas Brunhart und Martin Geiger würden es als Gewinn sehen, wenn der IWF auch ökonomische Bewertungen für Liechtenstein erstellen würde. Denn der Blick von aussen wäre eine wertvolle Ergänzung – besonders weil die ökonomische Expertise in Liechtenstein sehr dünn gesät ist.

Bilder: Nils Vollmar

«Zu hoffen, dass uns die Nachbarstaaten im Notfall schon Geld leihen, ist sehr gewagt»

Der IWF-Beitritt wäre ein relativ günstiger und effizienter Weg, um die wirtschaftliche Widerstandsfähigkeit des Landes zu stärken, meinen die beiden Ökonomen Andreas Brunhart und Martin Geiger.

Interview: Elias Quaderer

Am 22. September wird Liechtenstein darüber abstimmen, ob das Land dem Internationalen Währungsfonds (IWF) beitreten soll. Der anstehende Entscheid berührt naturgemäss auch verschiedene volkswirtschaftliche Fragestellungen. Grund genug also, um bei Andreas Brunhart und Martin Geiger – den beiden Forschern des Liechtenstein-Instituts im Bereich Volkswirtschaft – nachzufragen, welche Auswirkungen ein IWF-Beitritt für das Fürstentum hätte. Im Interview sprechen Brunhart und Geiger darüber, wie sich der Währungsfonds in den letzten zwanzig Jahren gewandelt hat – und weshalb ein nationaler Krisenfonds keine Alternative wäre.

Herr Brunhart, Herr Geiger, aus Ihrer Forschungsperspektive: Was wären die Folgen eines IWF-Beitritts für Liechtenstein?

Martin Geiger: Ein möglicher IWF-Beitritt Liechtensteins hat verschiedene Auswirkungen. Die offensichtlichste ist, dass das Land Teil einer

Vereinigung von Kreditoren wird. So würde man in einem Krisenfall über einen institutionalisierten Mechanismus für Finanzhilfen verfügen. Dies war auch für die allermeisten anderen Länder der Bewegung, dem Währungsfonds beizutreten. Für unsere eigene

«Ich bezweifle, dass wir auf dem freien Markt das Geld zu besseren Konditionen erhalten, wenn das Land am Boden liegt.»



Andreas Brunhart

unmittelbare Forschungsarbeit wären aber die Beratungen des IWF sowie die Unterstützung beim Aufbau von Kapazitäten am relevantesten.

Was kann man sich darunter vorstellen?

Martin Geiger: Der IWF steht den einzelnen Ländern politikberatend bei. Besonders in der Form der Länderberichte erhält jedes Mitgliedsland eine makroökonomische Aussenperspektive und -expertise. Und der Währungsfonds hilft beim Aufbau von Kapazitäten, wie zum Beispiel der Dateninfrastruktur, die bei der volkswirtschaftlichen Analyse helfen.

Andreas Brunhart: Ein weiterer Punkt ist: Mit einem Beitritt würden wir unsere Datenbasis deutlich verbreitern. Das ist etwas, was wir ohnehin machen müssen: Sowohl Eurostat als auch Ratingagenturen empfehlen, dass Liechtenstein seine öffentliche Datenbasis ausbaut. Der IWF hat hierfür eine sehr grosse Expertise und kann unterstützen. Mit seiner Hilfe wäre der Ausbau der Datenbasis sicher günstiger zu bewerkstelligen als im Alleingang.

Als Volkswirte würden Sie es also als Gewinn sehen, wenn der IWF auch ökonomische Bewertungen für Liechtenstein erstellen würde?

Andreas Brunhart: Ja und zwar aus einem ganz simplen Grund: Der Blick von aussen ist eine wertvolle Ergänzung – besonders im Fall von Liechtenstein. Wir sind ein kleines Land mit begrenzten, stark strapazierten personellen Ressourcen. Gerade auch die ökonomische Expertise im Land ist sehr dünn gesät. Darum wäre eine Aussenansicht sowohl eine Unterstützung wie auch eine Ergänzung der Perspektive.

Manche meinen, dass sich der IWF mit diesen Bewertungen in die inneren Angelegenheiten eines Landes einmischet und dass damit ein Stück weit die Souveränität untergraben wird.

Martin Geiger: Ich denke, es liegt auch ein bisschen im Auge des Betrachters, was unter einem Eingriff in die Souveränität verstanden wird. Bei den Länderbewertungen geht es nur darum, dass man sich einer Evaluation unterzieht – und nicht, dass man jeman-

dem von aussen Macht übergibt. Die Analysen mögen manchmal auch kritisch ausfallen. Aber ihr Ziel ist es, die ökonomische Widerstandsfähigkeit eines Landes zu stärken. Somit handelt es sich hier um keinen Souveränitätsverlust, sondern langfristig sogar

«In der Schweiz gibt es mit der SNB ein Institutionengefüge, das im Notfall als Lender of Last Resort agiert. In Liechtenstein nicht.»



Martin Geiger

um einen Souveränitätsgewinn, weil man widerstandsfähiger wird.

Andreas Brunhart: Die Experten des IWF machen nichts anderes als andere Ökonomen auch: Sie erstellen ökonomische Analysen und geben wirtschaftspolitische Empfehlungen. Diese Empfehlungen haben aber keinen bindenden Charakter, sondern sind als Diskussionsbeiträge oder Denkanstösse zu sehen. Wir haben die Experten des IWF, welche im Beitrittsprozess auch das Liechtenstein-Institut besucht und volkswirtschaftliche Informationen erhalten haben, jedenfalls als sehr pragmatisch und zugänglich wahrgenommen.

Anders sieht es aus, wenn im Krisenfall ein Kredit beim IWF aufgenommen wird.

Andreas Brunhart: Natürlich bindet auch der Währungsfonds seine Kredite – wie jeder Kreditgeber – an bestimmte Bedingungen oder Sicherheiten. Aber als IWF-Mitglied müssten wir im Krisenfall keinen Kredit vom Währungsfonds beanspruchen, wenn wir dies dann nicht wollen. Der Währungsfonds ist nur eine zusätzliche Option.

Was wäre denn eine Alternative zum IWF im Katastrophenfall?

Andreas Brunhart: Die einzige realistische Alternative ist, dass man sich auf dem Kapitalmarkt verschuldet. Aber auch hier sind die Kredite an Bedingungen geknüpft. Und wenn wir im Krisenfall unter Druck agieren müssen, dürften wir nicht in der Position sein, um günstige Bedingungen auszuhandeln. Einfach zu hoffen, dass uns die Nachbarstaaten im Notfall schon Geld leihen oder im besten Fall sogar schenken, ist sehr gewagt.

Als mögliche Alternative wird immer wieder ein nationaler Krisenfonds genannt.

Andreas Brunhart: Solche nationalen Krisenfonds stehen in Kleinststaaten einem grossen Problem gegenüber: Die Wahrscheinlichkeit, dass im Krisenfall das ganze Land gleichzeitig betroffen ist, ist viel höher. Bei einer Naturkatastrophe beispielsweise sind in einem grossen Land meist nur einzelne Regionen betroffen. Sprich: Ein Katastrophenfall bringt in einem kleinen Land im Vergleich zu der Anzahl Einwohner also tendenziell höhere Kosten mit sich. Darum ist es selbst in einem so reichen Kleinstaat wie Liechtenstein praktisch nicht möglich, sich mit eigenen Mitteln auf ein extremes Krisenereignis vorzubereiten.

Der Abgeordnete Johannes Kaiser warnte in einer Parteienbühne davor, dass eine Inanspruchnahme der Hilfe des IWF Liechtenstein in eine Schuldenspirale stürzen würde. Er spricht von einem Szenario, in dem Liechtenstein einen Kredit von 5 Milliarden Franken zu einem Zinssatz von 8 Prozent aufnimmt.

Andreas Brunhart: Sollte eine Katastrophe unsere finanziellen Mittel übersteigen, werden wir uns irgendwo verschulden müssen und das Geld irgendwann zurückzahlen. Zu welchen Konditionen das sein wird, ist heute spekulativ. Ich bezweifle aber, dass wir auf dem freien Markt das Geld zu besseren Konditionen erhalten, wenn das Land am Boden liegt. Aber falls sich eine bessere Alternative ergeben sollte, dann könnten wir diese ja auch wählen. Nochmals: Wir sind nicht verpflichtet, den IWF in Anspruch zu nehmen.

Also die Argumente, die gegen einen IWF-Beitritt ins Feld geführt werden, teilen Sie als Volkswirte nicht.

Andreas Brunhart: Ich kann gewisse moralische Argumente, die gegenüber dem IWF vorgebracht wurden, nachvollziehen. Der IWF hat sich in der weiteren Vergangenheit in einigen Fällen nicht mit Ruhm bekleckert, weil seine Kreditaufgaben ideologisch und extrem neoliberal geprägt waren. Aber man muss auch sagen, dass sich der IWF in den letzten zwei Jahrzehnten stark gewandelt hat und auch sehr viele Daten und Analysen zu Themen wie Ungleichheit, Armut, Nord-/Südfälle oder Staatenresilienz publiziert hat. Er handelt weniger ideologisch und mehr



evidenzbasiert. Es gibt in der jüngeren Vergangenheit zudem einige Beispiele von Ländern in Europa, in denen der IWF einsprang und die Länder heute wieder gut dastehen.

Die IWF-Gegner würden Ihnen nun das Beispiel Griechenland entgegenhalten.

Andreas Brunhart: Es ist schwer zu beurteilen, ob in Griechenland Austeritätsmassnahmen in diesem Ausmass nötig waren. Aber hier war nicht nur der IWF involviert, sondern auch die europäische Staatengemeinschaft. Und viele der Massnahmen, die

in Griechenland im Zuge der Krise umgesetzt wurden, wären ohnehin seit Langem fällig gewesen. Zudem hat sich das Land nach einem Tief mittlerweile wieder ein Stück weit erholt.

Martin Geiger: Man muss sich schon ansehen, wo Griechenland heute steht. Das Land kann wieder mit positiven Wachstumswerten aufwarten. Wir wissen nicht, wie es den Griechen ergangen wäre, wenn der IWF nicht geholfen hätte.

Zurückkommend auf die Krisenszenarien: Angenom-

men, bei einer der drei grossen Banken Liechtensteins würde es zu einem Bank Run kommen: Welche Optionen hätte aktuell das Land, um darauf zu reagieren?

Andreas Brunhart: Wenn man sich die Fälle der UBS oder der Credit Suisse anschaut, ist es vor allem entscheidend, dass schnell und unkompliziert Liquidität bereitgestellt wird. Der IWF wäre hierfür ein geeigneter Mechanismus. Die Schweiz hat mit der SNB eine Institution, die von sich aus schnell Sicherheiten zur Liquidität zur Verfügung stellen

kann. Bei Liechtenstein darf das die SNB nicht.

Also müsste die Politik versuchen, ad hoc eine Lösung gegen den Bank Run zu finden.

Andreas Brunhart: Ich bezweifle, dass man in einem politischen Entscheidungsprozess genügend schnell eine Lösung auf die Beine stellen könnte, mit der alle einverstanden wären.

Martin Geiger: In einem Krisenfall braucht man geregelte Mechanismen, die mehr oder weniger automatisch reagieren.

Denn in solchen Situationen ist es schwierig, ad hoc Lösungen zu finden. In der Schweiz gibt es mit der SNB ein Institutionengefüge, das im Notfall als Lender of Last Resort agiert. In Liechtenstein nicht.

Andreas Brunhart: Und obwohl die Schweiz mit der SNB bereits eine solche Institution hat, halten sie es trotzdem für vorteilhaft, zusätzlich noch beim IWF verankert zu sein.

Aber wenn es keinen institutionalisierten Mechanismus gibt, um schnell an viel Liquidität zu kommen: Müsste man dann eine Bank im Krisenfall ihrem Schicksal überlassen?

Andreas Brunhart: Daran möchte man gar nicht denken, sollte es in einer Risikobetrachtung aber trotzdem tun. Eine Bankenkrise hätte starke negative volkswirtschaftliche Konsequenzen. Man sollte natürlich auch die Risikokontrollmechanismen innerhalb des Bankensektors weiter stärken, aber gleichzeitig trotzdem für den Krisenfall vorsorgen. Obwohl unsere drei grossen Banken nach SNB-Kriterien nicht systemrelevant für die Schweiz sind, sind sie für Liechtenstein unmittelbar systemrelevant: Mit Blick auf die Staatseinnahmen oder die Beschäftigung – es würde zu unendlich vielen Rückkopplungseffekten zwischen Finanzwirtschaft und Realwirtschaft kommen. Und auch für die Sparer wären die Effekte gravierend. Die bestehende Einlagensicherung würde nämlich nur einen Teil der Ersparnisse decken, maximal 100 000 Franken pro Bankkunde. Eine Bankenkrise ist aber nur eine Art von Katastrophenfall, für den der IWF Hilfe bieten könnte.

Nach all dem Gesagten könnte man den Schluss ziehen: Aus volkswirtschaftlicher Sicht wäre ein Beitritt zum Währungsfonds zu empfehlen?

Andreas Brunhart: Der IWF-Beitritt ist letztlich eine politische Frage mit vielen Dimensionen, nicht nur der ökonomischen. Und es ist wie bei einer Privatversicherung: Es bleibt eine Abwägung, wie man Extremrisiken adressieren möchte und ob man sich eine solche Versicherung leisten will.

Martin Geiger: Wenn es das Ziel ist, die makroökonomische Resilienz und das makroökonomische Monitoring zu stärken, ist das ein relativ günstiger und effizienter Weg. Die Kosten halten sich in Grenzen, weil ein Teil der laufenden Kosten auch in den ohnehin angezeigten Ausbau der Statistiken fliesst und die Einlage beim IWF Anlagecharakter hat sowie jederzeit wieder abgerufen werden kann.

Andreas Brunhart: Diese Einschätzung kommt nicht nur von «staatsnahen» Ökonomen, wie von der FMA, sondern sie wird auch von uns Ökonomen am Liechtenstein-Institut geteilt. Auch andere ökonomische Beiträge, wie von der Stiftung Zukunft.li oder der Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht, sehen Vorteile eines IWF-Beitritts für die Resilienz Liechtensteins.

